



Haushalts- und Finanzausschuß

64. Sitzung (nicht öffentlich)

12. November 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 14.15 Uhr

Vorsitz: Leo Dautzenberg (CDU)

Stenograph: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3300 und 12/3400

Vorlagen 12/2401 bis 12/2405, 12/2407, 12/2408, 12/2410 bis 12/2415,
12/2420, 12/2333, 12/2340, 12/2344, 12/2348, 12/2353, 12/2355, 12/2356
und 12/2360

Zweiter Beratungsdurchgang der Einzelpläne auf der Grundlage der bereits
vorliegenden Ergebnisvermerke der Berichterstatter

1

Der Ausschuß berät im einzelnen:

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

2

Einzelplan 12 - Finanzministerium

12

Einzelplan 15 - MASSKS

12

Gemeindefinanzierungsgesetz	13
Haushaltsgesetz	13
Haushaltssicherungsgesetz:	
Abs. 1 - Unterhaltsvorschußgesetz	13
Abs. 5 - Ersatzschulfinanzgesetz	14
Abs. 7 Nr. 1 - Beihilfenverordnung	16

2 **Über- und außerplanmäßige Ausgaben im ersten Quartal des Haushaltsjahres 1998**

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 12/2346

17

Der Ausschuß berät Einzelfragen mit dem Vertreter des Innen- und Justizministeriums und **empfiehlt** sodann mit den Stimmen der Fraktion der SPD und zwei Stimmen der Fraktion der GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und des Rüdiger Sagel (GRÜNE) - der hierzu eine Erklärung gemäß § 56 GeschO abgibt -, die in Vorlage 12/2346 aufgeführten **über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu genehmigen.**

Berichterstatterin: Irmgard Mierbach (SPD)

3 **Über- und außerplanmäßige Ausgaben im zweiten Quartal des Haushaltsjahres 1998**

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 12/2345

20

Nach kurzer Erörterung **empfiehlt** der Ausschuß mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, die in Vorlage 12/2345 aufgeführten **über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu genehmigen.**

Berichterstatter: Franz-Josef Britz (CDU)

4 **Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen und der Versorgungswerke der Freien Berufe im Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3165

Vorlage 12/2304

Zuschriften 12/2320, 12/2336 bis 12/2340, 12/2347, 12/2374 bis 12/2376, 12/2408, 12/2417

21

Der Ausschuß vereinbart, mit den beteiligten Kammern und Versorgungswerken noch ein Gespräch zu führen.

5 **Krankenhausgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - KHG NW**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3073

Vorlagen 12/2204, 12/2309, 12/2336

Zuschriften 12/2030, 12/2042, 12/2053, 12/2060, 12/2111, 12/2124 bis 12/2127, 12/2141 bis 12/2145, 12/2147 bis 12/2149, 12/2153, 12/2157, 12/2158, 12/2160, 12/2163 bis 12/2165, 12/2167 bis 12/2169, 12/2171, 12/2181, 12/2182, 12/2184 bis 12/2189, 12/2198, 12/2201, 12/2372, 12/2373

Ausschußprotokoll 12/960 (öffentliche Anhörung)

22

Nach abschließender Beratung **empfiehlt** der Haushalts- und Finanzausschuß dem federführenden Ausschuß mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, den **Gesetzentwurf anzunehmen**.

6 Drittes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3268

Vorlagen 12/2325, 12/2350, 12/2354

Zuschriften 12/2082, 12/2244, 12/2257, 12/2258, 12/2265, 12/2277, 12/2282,
12/2283 (Neudruck), 12/2284, 12/2285, 12/2297 bis 12/2299, 12/2330,
12/2349, 12/2353, 12/2354, 12/2396, 12/2400, 12/2425

Ausschußprotokoll 12/1013

Auswertung der öffentlichen Anhörung

25

Die Beratung wird vertagt.

**7 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen
und der Landeshaushaltsordnung zur Begrenzung der Neuverschuldung**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 12/891

Vorlage 12/2316

26

Nach abschließender Debatte **empfiehlt** der Haushalts- und
Finanzausschuß dem federführenden Ausschuß mit neun Stim-
men der Fraktion der CDU gegen acht Stimmen der Fraktionen
der SPD und der GRÜNEN, den **Gesetzentwurf anzunehmen.**

8 **Gesetz zur Einführung des Euro für das Land Nordrhein-Westfalen (Euro-Einführungsgesetz Nordrhein-Westfalen - EuroEG NW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3242

Vorlagen 12/2279, 12/2326

28

Ohne Aussprache **empfiehlt** der Ausschuß dem Landtag einstimmig, den **Gesetzentwurf anzunehmen.**

Berichterstatter: Lothar Niggeloh (SPD)

9 **Auswirkungen von haushaltsrechtlichen Regelungen (z. B. Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns) auf die Effizienz von Förderprogrammen**

Vorlage 12/2302

Bericht des Finanzministeriums

29

Die Beratung wird vertagt.

10 **Veräußerung eines Grundstücks in Köln**

Vorlage 12/2347

29

Nach kurzer Erörterung **empfiehlt** der Ausschuß dem Landtag einstimmig, der **Veräußerung zuzustimmen.**

Berichterstatter: Rüdiger Sagel (GRÜNE)

11 **Bürgschaftsangelegenheiten**

30

Die Beratung wird vertagt.

werde es ein spannendes Thema sein, wie die Quoten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland verteilt würden und welche Sanktionen auf eine Nichteinhaltung der Quote folgten. Es werde schon bald ausreichend Gelegenheit sein, das Thema weiter zu diskutieren.

Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion greife jedoch - bei aller Wertschätzung - zu kurz; er sei heute zu erledigen.

Der **Vorsitzende** läßt daraufhin abstimmen. - Der **Ausschuß empfiehlt** dem federführenden Ausschuß mit neun Stimmen der CDU-Fraktion gegen acht Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf **anzunehmen**.

Anschließend bittet **Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE)** zu bestätigen, daß Einvernehmen bestehe, sich im Haushalt- und Finanzausschuß - unabhängig davon, wie der Hauptausschuß bei diesem Gesetzentwurf entscheide - weiter mit diesem Thema zu befassen. - Das bleibe dem Ausschuß unbenommen, stellt **Vorsitzender Leo Dautzenberg** fest. Er bittet zugleich Dr. Bajohr, seinen Aufsatz allen Ausschußmitgliedern zur Verfügung zu stellen. - **Helmut Diegel (CDU)** unterstreicht, daß seine Fraktion bereit sei, auf der Grundlage des - soeben angenommenen - Gesetzentwurfs weiter in einen Diskussionsprozeß einzutreten.

8 Gesetz zur Einführung des Euro für das Land Nordrhein-Westfalen (Euro-Einführungsgesetz Nordrhein-Westfalen - EuroEG NW)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3242

Vorlagen 12/2279, 12/2326

Vorsitzender Leo Dautzenberg teilte mit, daß die beiden mitberatenden Ausschüsse den Gesetzentwurf einstimmig angenommen hätten.

Der **Ausschuß nimmt** diesen Gesetzentwurf ebenfalls einstimmig **an** und bestimmt **Lothar Niggeloh (SPD)** zum Berichterstatter.



Information der Landesregierung

Düsseldorf, 12. November 1998

Unterbringungskonzept der Landesregierung

Umzug des Ministerpräsidenten in das Stadttor bringt wirtschaftliche Vorteile

Das Finanzministerium teilt mit:

Die Landesregierung hat ein optimiertes Konzept zur Unterbringung von Ministerien und Behörden in der Landeshauptstadt beschlossen. Den Anstoß zu neuen Überlegungen gaben die Pläne von Ministerpräsident Wolfgang Clement, den Sitz der Staatskanzlei in das „Stadttor“ zu verlegen, einem der modernsten Bürobauten Europas, der die Einfahrt zum Düsseldorfer Rheinfertunnel markiert. Wie Finanzminister Heinz Schleußer am Donnerstag in Düsseldorf mitteilte, können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei - vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags zum Haushaltsplan der Landesregierung - ab Februar ihre Büros auf der 6. bis 12. Etage des gläsernen Hochhauses beziehen.

In das freie Landeshaus am Rheinufer zieht dann das Ministerium für Arbeit und Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport (MASSKS). Der Vorteil: Die gemieteten Büroflächen in der Bastionstraße und in der Breite Straße können aufgegeben werden. Gleichzeitig macht das MASSKS am Fürstenwall Büros frei, die das Staatliche Bauamt Düsseldorf I nutzen kann. Konsequenz: Weitere Anmietungen am Nördlichen Zubringer werden überflüssig. Durch die Zusammenfassung unterschiedlicher Dienststellen der Landesregierung am Fürstenwall können auch Personalkosten bei den sogenannten Inneren Diensten eingespart werden.

„Damit sind wir dem Ziel, die Landesregierung in der Nähe des Landtags zu konzentrieren und die Unterbringung zu wirtschaftlichen Bedingungen zu optimieren, einen großen Schritt näher gekommen,“ sagte Finanzminister Heinz Schleußer, der im Auftrag der Landesregierung alle notwendigen Verhandlungen führt und die Pläne haushaltsrechtlich umsetzt.

Eckdaten der „Stadtter-Verträge“

Vertragsabschluß:	29. Oktober 1998 (Inkrafttreten nach Verabschiedung des Haushalts 1999)
Vertragslaufzeit:	30 Jahre (Verlängerungsoption mit zweimal zehn Jahren im Grundbuch gesichert)
Besondere Vereinbarung:	flexible Nutzung für verschiedene Zwecke der Landesregierung, Möglichkeit der Untervermietung
Mietbeginn:	01. Februar 1999
Mietfläche:	12.350 m ² 155 Parkplätze
Nettokaltmiete:	32,26 DM / m ²
Nebenkosten-Umlagen:	6,80 DM / m ²

Sobald alle Bestandteile des neuen Unterbringungskonzeptes realisiert sind, stehen jährlichen Kosten für das Stadttor in Höhe von rund 7 Millionen Mark Einsparungen durch die Aufgabe bisheriger Anmietungen in Höhe von 9,5 Millionen Mark gegenüber. Die positiven Effekte beim Personal sind mit mindestens 500.000 DM pro Jahr zu veranschlagen.

Jährliche Kosten Stadttor	-7.000.000
Einsparung von Personalkosten	500.000
Aufgabe Vermietung Nördlicher Zubringer	3.500.000
Aufgabe Vermietung Bastionstr./Breite Straße	6.000.000
Saldo	3.000.000

Schleußer wies darauf hin, daß der Umzug neben den jährlich anfallenden Kosten selbstverständlich auch einmalige Ausgaben verursache. In einer Übergangsphase müssen zum Beispiel noch Verbindlichkeiten aus den Restlaufzeiten der heutigen Verträge bedient werden. Zahlreiche Büros müssen neu ausgestattet werden, nach derzeitiger Kalkulation müssen dafür einschließlich der Umzugskosten 2,6 Millionen DM aufgewendet werden. Außerdem sind bauliche Veränderungen nach Plänen des späteren Nutzers bei großen Projekten häufig unumgänglich. Im Stadttor werden Investitionsausgaben von 13,7 Millionen Mark fällig, bevor die Staatskanzlei die neuen Flächen langfristig nutzen kann. Für diese Vorlaufkosten wird nach Angaben Schleußers im wesentlichen mit dem Haushalt 1999 Vorsorge getroffen.

Zur optimalen Unterbringung der Landesregierung fehlt nach Darstellung Schleußers nun noch die bessere Ausnutzung der Flächen auf dem Gelände des Innenministeriums an der Haroldstraße. Hier könnte dann zunächst das Umweltministerium Platz finden, das heute noch in gemieteten Räumen untergebracht ist. Für eine Bebauung auf dem Gelände des Innenministeriums sind die Vorbereitungen längst angelaufen. Die Ergebnisse eines städtebaulichen Wettbewerbs liegen vor. Als nächstes sind weitere Gespräche mit der Stadt Düsseldorf und ein Bebauungsplan notwendig. Dann gilt es, die Frage zu klären, ob das Land selbst baut oder ob sich ein Leasingprojekt oder auch eine Anmietung mit späterer Kaufoption als günstiger erweisen.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Finanzministeriums NRW, Tel.: 0211/4972-2567.